



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2013/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 16. Mai 2013, 18:00 - 20:00 Uhr
Ort	im Tellsaal, Bernstrasse 101, Ostermundigen
Vorsitzende	Müller Lucia (SVP) _____ 1
Mitglieder	Biner Jacques (SP) Blaser Peter (SP) Burckhardt Andreas (Grüne) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (SP) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Ögüt Hasan (SP) Riesen Norbert (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ 11 Brauner Fabian (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Roger (SVP) Studer Martin (SVP) Weber Marlis (parteilos) Zugg Gerhard (SVP) _____ 8 Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 3 Hubschmid Roger (FDP) Rutschi Raphael (FDP) Weibel Tobias (FDP) _____ 3 Bendoza Thomas (FORUM) Rüfli Roland (FORUM) _____ 2 Gasser Melanie (GLP) Toggwiler Annette (GLP) _____ 2 Löhner Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 Total anwesend _____ <u>32</u>

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Schoop Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos) sowie Meyer Marianne, Gemeindeschreiberin	
Protokoll	Kumli Jürg, Ratssekretär und Gemeindeschreiber Stv.	
Entschuldigt	Mitglieder des GGR: Burri Simon (SVP), Friedli Hans Peter (SVP), Luyet Cédric (GLP), Schaller Esther (FORUM), Schröter Bruno (EVP), Weishaupt Jakob (SP), Werner Michael (FDP) und Zeyer Christian (SP) Mitglieder des Gemeinderates: --	
Berater	zu Traktandum Nr. 22: Lanz Stefan, Finanzverwalter	18.20 - 18.55 Uhr
	zu Traktandum Nr. 24: Sterchi Marc, Bereichsleiter Betriebe	19.20 - 19.30 Uhr

T R A K T A N D E N

19.	Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2013; Genehmigung.....	52
20.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 14. März 2013; Genehmigung.....	53
21.	Spezialkommission Tram Region Bern; Ersatzwahlen.....	54
22.	Gemeinderechnung 2012; Genehmigung.....	56
23.	Verwaltungsbericht 2012; Genehmigung.....	62
24.	Gasversorgung: Übertragung der Versorgungsaufgaben an die Energie Wasser Bern (ewb); Genehmigung des Übertragungsreglements	67
25.	Gebührenreglement: Ergänzung mit Artikel 16 a "Hundetaxe"; Genehmigung.....	69
26.	Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	70

27. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend „Briefeinwurf Rütiquartier; Leerung bis 18.00 Uhr“; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat..... 72
28. Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend Umzonung Rütibühl; Beantwortung..... 73
29. Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik Tell/Hangar in den Verwaltungsbericht; parlamentarischer Neueingang..... 74
30. Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend "Nein zur vorschnellen Rütibühl Umzonung"; parlamentarischer Neueingang 75
31. Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend faire Sozialpartnerschaft in Mundiger KiTas; Lehrplätze statt Praktika!; parlamentarischer Neueingang 76
32. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Schaffung von familienexternen Kinderbetreuungsplätzen; parlamentarischer Neueingang..... 77
33. Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Kindertagesituation in Ostermundigen; Lehrplätze statt Praktika!; parlamentarischer Neueingang..... 78

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 32 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen zu Traktandum Nr. 22 (Gemeinderechnung 2012) der Finanzverwalter, Stefan Lanz, sowie zu Traktandum Nr. 24 (Gasversorgung) der Bereichsleiter Betriebe, Marc Sterchi, an der heutigen Sitzung teil.
2. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Parlamentarischer Töff-Ausflug 2013; Terminumfrage von Michael Werner
 - Evaluation 2012 / Schwerpunktprogramm 2013 der offenen Kinder- und Jugendarbeit
 - Flyer der 2. Saison Theater Madame Bissegger mit dem Programm "Bickini"
3. Der Sitzungstermin vom 4. Juli entfällt. Die nächste Sitzung findet demnach am **19. September 2013** statt.
4. Die zwei GGR-Mitglieder Fabian Brauner (SVP) und Norbert Riesen (SP) haben per 31. Juli 2013 ihren Rücktritt eingereicht und nehmen heute letztmals an der Debatte teil.
5. Im Anschluss an die Sitzung ist im Ristorante La Favorita National reserviert.

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 29 „Orientierung des Gemeinderates“ entfällt.

Parlamentarische Neueingänge

- Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik Tell/Hangar in den Verwaltungsbericht
- Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend „Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung“
- Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend faire Sozialpartnerschaft in Mundiger KiTas: Lehrplätze statt Praktika!
- Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Schaffung von familienexternen Kinderbetreuungsplätzen
- Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Kindergarten-situation in Ostermundigen

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

Persönliche Erklärung

Norbert Riesen (SP): Erstaunt habe ich festgestellt, dass meine Motion betreffend Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Mitarbeit in interkommunalen Organisationen nicht traktandiert worden ist. Ich finde es schade, dass diese Motion mit strategischer Bedeutung heute Abend nicht diskutiert werden kann. Ich akzeptiere die Traktandenliste, bin jedoch enttäuscht, dass ich nicht vororientiert worden bin.

Selbstverständlich lade ich das Parlament nach der Sitzung zu einem Abschiedsgetränk ein.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass die GGR-Sitzung vom 4. Juli 2013 stattfinden wird. Die Motion sowie die einfache Anfrage von Silvia Fels (EVP) hätten dann behandelt werden können. Leider liegen keine anderen Geschäfte zur Beratung vor und der Gemeinderat hat dem Büro des GGR vorgeschlagen, den Sitzungstermin des 4. Juli ersatzlos zu streichen.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

19. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Liegen zum abgegebenen Protokoll Nr. 1 Bemerkungen vor?

Colette Nova (SP): Ich möchte eine Korrektur auf Seite 8 anmerken. Im zweiten Abschnitt meines Votums muss der zweite Satz wie folgt lauten:

...Die kleineren Parteien sollen sich bei der Ausübung der Stimmzählenden ebenfalls mit beteiligen...

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Januar 2013 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

20. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 14. März 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zum vorliegenden Protokoll Nr. 2 liegen keine Bemerkungen vor und der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 14. März 2013 wird genehmigt.

10.6.30 Spezialkommissionen GGR
10.20.13 Tram Region Bern

21. Spezialkommission Tram Region Bern; Ersatzwahlen

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Für Peter Suter (SVP) ist die Ersatzwahl vorzunehmen.

In der Zwischenzeit hat sich die Interessengemeinschaft Beibehaltung Wohnqualität und wirtschaftlicher Wert (IB3W) gegründet, mit dem Wunsch, in der Spezialkommission Einsitz nehmen zu können. Der Gemeinderat hat diesen Wunsch positiv entgegen genommen und beantragt dem Parlament, die beiden vorgeschlagenen Personen zu wählen. Liegen Bemerkungen resp. weitere Wahlvorschläge vor?

Eduard Rippstein (CVP): Ich stelle mich nicht gegen die beiden Vorschläge. Ich bin jedoch der Auffassung, dass die IBW3 sich dem Parlament vorstellen sollte. Ich möchte gerne wissen

- was das für eine Interessengruppe ist;
- wie gross die Interessengruppe ist;
- wie der Vorstand bestellt ist und
- welche Ziele die Interessengruppe verfolgt?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Überlegungen des Gemeinderates wurden in der Botschaft festgehalten. Ich bitte Roger Hubschmid als Vizepräsident die Interessengemeinschaft kurz vorzustellen.

Roger Hubschmid (FDP): Wir haben per Brief unser Interesse an einem Mitmachen in der Tramkommission dem Gemeindepräsidenten kundgetan. Der Gemeinderat hat sich positiv unserer Bewerbung gegenübergestellt. Die Interessengemeinschaft setzt sich vor allem aus Bewohnerinnen und Bewohner ab der Kreuzung Bernstrasse/Rütiweg bis ins Rütiquartier zusammen aus. Die IBW3 ist nicht grundsätzlich gegen die Einführung einer Tramlinie nach Ostermundigen. Wir wollen zusammen mit BernMobil und der Tramkommission die bestmögliche Lösung für das Rütiquartier erreichen.

Im Moment sind wir 35 Mitglieder. Das Präsidium wird von Andreas Leuthold ausgeführt, Jürg Gygax ist der Kassier und weiter sind ein Sekretär und ein Beisitzer (Peter Witschi und Hanspeter Bangerter) neben mir als Vizepräsidenten im Vorstand vertreten. Unser Augenmerk fokussiert sich zur Hauptsache auf die Tramwendeschlaufe in der Rüti.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Das Vorgehen und die Absichten der IBW3 sind uns nun bekannt und wir können das Abstimmungsprozedere vornehmen. Auf Vorschlag der SVP-Fraktion sowie des Gemeinderates fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. vom 1. Juni 2013 bis 31. Dezember 2016 werden als Ersatz in die Spezialkommission "Tram Region Bern" gewählt:
 - für Peter Suter (SVP):
Walter Zysset (SVP), Ostermundigen
 - für den vakanten PRO-Sitz:
Roger Hubschmid, Vizepräsident IB3W, Ostermundigen
2. Die Spezialkommission "Tram Region Bern" konstituiert sich selbst.

20.3.01 Jahresrechnungen

22. Gemeinderechnung 2012; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über die Gemeinderechnung zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Die Botschaft inkl. die Gemeinderechnung 2012 wurde allen vorgängig zugestellt. Im Budget 2012 wird ein Defizit von 2,7 Mio. Franken ausgewiesen. Der Gemeinderat erhielt im Dezember 2011 vom Parlament den Auftrag, zusätzlich 0,5 Mio. Franken einzusparen. Der Rechnungsabschluss weist ein Defizit von 1,4 Mio. Franken aus und somit hat der Gemeinderat den Auftrag des Parlamentes erfüllt.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen bleibt weiterhin sehr angespannt. Wir leben immer noch über unseren Verhältnissen und wir müssen weiterhin sparsam mit den Gemeindefinanzen umgehen!

Es ist wichtig zu wissen, dass das Mehrwertabschöpfungskonto, welches für die Sanierung der Bernstrasse reserviert ist, gegenwärtig einen Saldo von 14,5 Mio. Franken ausweist. Der Saldo wird in diesem Jahr noch zunehmen.

Ich danke den Mitarbeitenden der Verwaltung. Sie sind stets gewillt, vorsichtig mit den Gemeindefinanzen umzugehen. Der Sachaufwand konnte um rund 0,6 Mio. Franken besser als budgetiert abschliessen.

Der Gemeinderat hat festgestellt, dass die Zuwanderung nach Ostermundigen noch nicht der gewünschte Effort erreicht hat. Bei den natürlichen Personen stehen nach wie vor 1,5 Mio. Franken an Steuererträgen aus. Die Situation wird überprüft. Mit der Fertigstellung der momentan überbaubaren Baufelder kann eine Verbesserung erreicht werden.

Grundsätzlich kann ich noch erwähnen, dass unsere juristischen Personen in Ostermundigen zu dem verbesserten Rechnungsabschluss einen wesentlichen Beitrag geleistet haben. Es konnten Mehrerträge (gegenüber dem Finanzplan) verbucht werden.

Die Rechnung 2012 wurde vom ROD geprüft (siehe GPK-Protokoll). Die Abteilung Finanzen/Steuern hat gute Arbeit verrichtet. Ihr und der ganzen Verwaltung gebührt ein Dankeschön.

Für Fragen aus dem Parlament stehen wir zur Verfügung.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion ist zufrieden mit dem Resultat der Jahresrechnung 2012 und dies trotz Defizit. Dieses ist aber um rund 1,4 Mio. Franken weniger hoch als budgetiert. Das kommt dem Eigenkapital entgegen, welches neu noch 8,46 Mio. Franken beträgt. Gemäss Budget wäre dieses Ende 2012 auf 7,1 Mio. Franken gesunken.

Wir anerkennen auch die grossen Bemühungen der Verwaltung, den Sachaufwand möglichst niedrig zu halten. 632'000 Franken wurden gegenüber dem Budget eingespart. Dafür geht unser Dank an alle Abteilungen der Verwaltung sowie an den Gemeinderat.

Bei den Bussen resultieren wieder sehr hohe Einnahmen. Es wurde hier rund eine halbe Million Franken mehr eingenommen als budgetiert, im Ganzen 1,4 Millionen nur an Bussengelder. Man kann sich über solche Einnahmen nicht wirklich freuen, zeigt diese Tatsache doch, dass im Verkehr die Grenzen masslos überschritten werden. Allerdings gingen die Bussen gegenüber dem Vorjahr 2011 um 330'000 Franken zurück. Man kann nur hoffen, dass sich dieser Abwärtstrend in den nächsten Jahren fortsetzt.

Die vorliegende Rechnung zeigt aber nicht nur Besserstellungen sondern auch zum Teil bedenkliche Mehraufwendungen gegenüber dem Budget. Was uns gar nicht befriedigt, sind die hohen Abweichungen bei den Entschädigungen an Gemeinwesen. Diese sind gegenüber dem Budget 2012 und der Rechnung 2011 um gut 2 Mio. Franken höher. Natürlich sind dies meist sogenannte gebundene Ausgaben, deren Höhe variieren kann. Aber dass unsere Gemeinde an den Lastenausgleich Soziales wieder 804'000 Franken mehr als budgetiert zahlen musste, stimmt uns nachdenklich. Weiter ist unter dem Konto „Entschädigungen an Gemeinwesen“ eine Rückstellung für die Lastenverschiebung von der Gemeinde an den Kanton aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutz-Gesetzes von 1,1 Mio. Franken verrechnet. Wie sich dieser Betrag entwickelt, weiss aber wahrscheinlich niemand wirklich. Wird dies auch ein „Fass ohne Boden“? Die EVP-Fraktion genehmigt den Nachkredit für diese Rückstellung und hofft, dass die tatsächlichen Kosten doch beträchtlich unter dieser Summe liegen.

Beim Sozialen stieg der Nettoaufwand gegenüber dem Budget um 12,6 % oder 1,347 Mio. Franken an. Allein die Sozialhilfe lag netto um fast 1,6 Mio. Franken über dem Budget. Es ist halt eben schon so, wie am letzten Samstag in einem Kommentar zur „Quote für Schweizer Schüler“ im DER BUND zu lesen war: *„Bern hält nichts von einer Quote für Schweizer Schüler... Mit jeder Strasse, die verkehrsberuhigt und begrünt wird, gibt es in der Stadt Bern weniger Unterschichtsausländer. Die steigenden Mieten vertreiben sie aus der schicken Länggasse und dem trendigen Breitenrain nach Ostermundigen und in andere Vororte...“* Ein Kommentar zu diesem Zeitungskommentar ist überflüssig.

Es gäbe noch viel zur vorliegenden Rechnung 2012 zu sagen, z. B. über die Entwicklung der Steuereinnahmen, die Abschreibungen, die Nachkredit-Tabelle etc.. Aber ich mache hier einen Punkt. Ganz klar ist, dass die Gemeindeentwicklung über alle Themen hinweg gut im Auge behalten werden muss und dass weiterhin eine sorgfältige Planung und Budgetierung nötig ist. Dafür stehen alle Gremien in der Pflicht, von der Verwaltung über den Gemeinderat bis hin zum Parlament.

Ernst Hirsiger (SVP): Bevor ich meine Äusserungen zur Rechnung 2012 aus der Sicht der SVP-Fraktion abgeben werden, habe ich noch eine Frage zum Nachkredit resp. zur Beschlusseziffer Nr. 1:

- ① Wieso kommt dieser Nachkredit erst mit der Rechnung 2012 (und nicht früher) zum Vorschein?

Der Wetterbericht hat für das Budget und den Finanzplan der Jahre 2012 ein Sturmtief über dem Atlantik angekündigt. Ein Aufwandüberschuss von über 2,7 Mio. Franken wurde uns in Aussicht gestellt. Die Prognose wurde vom Parlament widerwillig zur Kenntnis genommen.

Glücklicherweise hat sich das Sturmtief im Finanzjahr 2012 abgeschwächt, so dass die Unweterschäden resp. Defizit kleiner als befürchtet ausgefallen sind. Die Steuererhöhung zusammen mit den Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand sowie die unerwarteten Besserstellungen bei vereinzelt Budgetposten haben bei der Kompensation der Finanzlage mitgeholfen.

Finanztechnisch sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Die vorliegende Gemeinderechnung 2012 weist einen Verlust aus, welcher mit dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden kann. Somit können wir zur Tagesordnung übergehen... Diese Sichtweise greift zu kurz: Der Verlustvortrag von 1,4 Mio. Franken ist kein Einzelfall und steht in einer Reihe mit negativen Rechnungsabschlüssen der Vorjahre. Auch im laufenden Jahr muss mit einem negativen Rechnungsabschluss gerechnet werden.

Wir Parlamentsmitglieder kennen die Ursachen dafür: Zur Hauptsache liegt es bei den ungenügenden Steuererträgen der natürlichen Personen, die steigenden Sozialausgaben und die hohen Investitionsausgaben mit den entsprechenden Abschreibungen.

Die Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen bleibt in den nächsten Jahren unverändert angespannt. Die Langfristwetterprognose gleicht den Aussichten für das anstehende Pfingstwetter. Ein stabiles Hoch ist nicht in Sicht und die Sparbemühungen müssen deshalb weitergeführt werden. Die Gemeindefinanzen können nicht primär mit einem Bevölkerungswachstum ins Lot gebracht werden, wie dies der Gemeinderat in seinen Pressemitteilungen zu den Jahresrechnungen regelmässig verlauten lässt. Ein Bevölkerungswachstum verursacht auch Mehrkosten (z. B. Infrastrukturen, Lastenverteilung Soziales etc.). Sorgen im Hinblick auf die Gemeindefinanzen macht sich die SVP-Fraktion bei den anstehenden Grossprojekten wie "Tram Region Bern", die Planung eines neuen Verwaltungszentrum sowie die Auswirkungen der bevorstehenden Sparübungen des Kantons Bern auf die Gemeinden. Trotzdem stimmt die SVP-Fraktion der Gemeinderechnung 2012 zu und dankt dem Verwaltungspersonal für die geleisteten Arbeiten.

Raphael Rutschi (FDP): Die Gemeinderechnung 2012 hat etwas weniger schlecht abgeschlossen als geplant. Wenn wir etwas genauer hin schauen und die Rechnung analysieren, stellen wir folgendes fest:

- Der Sparwille ist vorhanden. Dies sehen wir an den Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand → das ist positiv zu werten, Kompliment an die Verwaltung, weiter so!

Gehen wir einen Schritt weiter und bereinigen die Jahresrechnung, sprich, wir eliminieren die ausserordentlichen Faktoren wie die einmaligen, unerwarteten Steuererträge, die Bussengelder usw., dann entdecken wir ein tatsächliches operatives Defizit von (gemäss Auskunft der Gemeinde) ungefähr 4 Mio. Franken. Das ist aber kein Geheimnis und versucht niemand zu verschleiern.

Es ist wichtig, dass die gestartete Wohnförderung, aber auch die Attraktivität für Gewerbe, weiter ausgebaut wird. Und weiter wird man wohl nicht darum herumkommen, in der Gemeindeverwaltung Ostermundigen eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchzuführen.

Wir sind aber überzeugt, dass der neu formierte Gemeinderat sich dieser anspruchsvollen Aufgabe stellen wird und erwarten, dass das Vorgehen transparent kommuniziert wird.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird der Gemeinderechnung 2012 zustimmen. Natürlich sind auch wir nicht erfreut über ein Defizit von 1,4 Mio. Franken, doch können wir eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem Budget 2012 feststellen und das notabene mit Rückstellungen von 1,1 Mio. Franken. Dies ist u. a. der Politik des Gemeinderates zu verdanken, welcher versucht, aus dem Defizit zu wachsen. Eine Politik, welche nicht zuletzt von Christian Zahler geprägt wurde.

Trotzdem ist der Weg nicht zu Ende. Wir müssen die Einnahmeseite konsolidieren und die Aufgaben im Auge behalten. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind um 1,5 Mio. Franken geringer als budgetiert in die Gemeindekasse geflossen. Dieser Misstand ist angesichts der Tatsache zu erklären, dass

- a. wir einerseits Rezession haben, also mehr Menschen in schwieriger finanzieller Lage leben und
- b. andererseits in den letzten Jahren ein beachtlicher Teil der neuen Wohnungen Eigentumswohnungen waren, welche ihren Besitzern in den ersten Jahren hohe Steuerabzüge ermöglichen.

Kein Verständnis haben wir dafür, dass jetzt von Steuersenkungen gesprochen wird. Unser Selbstfinanzierungsgrad liegt klar unter 100 % und der Investitionsanteil von lediglich 12,65 % liegt unter unseren Erwartungen. Irgendwo geht die Rechnung nicht auf.

Eduard Rippstein (CVP): Liebe Lucia resp. Ratspräsidentin, die Redezeitbeschränkung kann nur vom Parlament beschlossen werden! Ich finde es unfair, wenn du die Sprechenden mit deiner Sanduhr einzuschränken versuchst.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich bin als Ratspräsidentin dafür verantwortlich, dass die Diskussionen nicht ausufern. Danke Edi für deinen Hinweis.

Sandra Löhner (CVP): Das ausgewiesene Defizit von 1,4 Mio. Franken darf nicht gerühmt werden - es handelt sich immer noch um ein millionenschweres Defizit. Wie bereits Ernst Hirsiger (SVP) in seinem Votum erwähnt hat, sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Wir müssen weiterhin alle Sparbemühungen wahrnehmen!

Erich Blaser (SVP) hat erwähnt, dass der Gemeinderat seine Aufgaben erfüllt hat. Unser bester Dank für die Einsparungen gilt ebenfalls dem Verwaltungspersonal.

Dass die Steuererträge nicht in dem Masse wie erwartet geflossen sind, auch da müssen wir den Hebel ansetzen und mit der erhöhten Bautätigkeit die fehlenden Einwohnenden mit dem entsprechenden Steuersubstrat nach Ostermundigen holen.

Norbert Riesen (SP): Ich habe zwei Ergänzungen anzumerken:

1. Die Thematik "Steuererträge der natürlichen Personen" wurde schon angesprochen. Dieses Thema darf nicht nur negativ bewertet werden. Es wurde sehr viel investiert und dieser Sachverhalt spricht für die Gemeinde Ostermundigen. Die Liegenschaftsbesitzenden

investieren nur dann, wenn sie langfristig an die Gemeinde Ostermundigen glauben bzw. hier wohnen wollen.

2. Der Gemeinderat sollte auch am Morgen in den Spiegel schauen. Der Mietvertrag von über 1 Mio. Franken an der Poststrasse 6 für ein Verwaltungszentrum und die 3,8 Mio. Umbaukosten wurden vom Parlament gestrichen. Mit der Absicht des ökonomischen Sparens hätte dieses Geschäft nicht in dieser Form dem Parlament vorgelegt werden dürfen.

Zu guter letzt möchte ich noch Stefan Lanz für die gute Führung der Gemeindefinanzen meinen besten Dank aussprechen.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Ich möchte noch eine persönliche Anmerkung los werden: Dort wo es Sinn macht, soll eine ökologische, verdichtete Bauweise gewählt werden. Es ist auch vorteilhaft, wenn potente Steuerzahlende neu in die Gemeinde Ostermundigen zu wohnen kommen. Ich persönlich bin nicht bereit, den Gemeinden Ittigen und Bolligen die Armut wegzubauen.

Nicht die Armut weg bauen wie in Bolligen und Ittigen bedeutet: Auch Menschen, die keine grossen Steuerzahlende sind, sind wertvolle Menschen - dass dürfen wir nicht vergessen. Menschen sind mehr als irgend eine Frankensumme.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Vielen Dank für die positiven Feedbacks. Das Parlament hat erkannt, dass die Gemeinde Ostermundigen weiterhin gut zu seinen Finanzen schauen muss. Vielen Dank für die Einsicht.

① Frage von Ernst Hirsiger (SVP) - Nachkredit KESG von 1,1 Mio. Franken

Bereits meine Vorgängerin Ursula Lüthy hat am 13. Dezember 2012 den Gemeinderat über die 1,1 Mio. Franken an Rückstellungen informiert.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Stefan Lanz: Der Nachkredit wurde zusammen mit dem "Trend der Jahresrechnung" dem Parlament kommuniziert. Der Rechnungsabschluss ist der richtige Moment, um solche Rechnungsabgrenzungen zu tätigen. Wir wussten nicht von Beginn an, ob eine solche Rückstellung nötig sein wird.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Wünscht der Grosse Gemeinderat eine detaillierte Beratung der Gemeinderechnung? Es liegen keine Bemerkungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Nachkredit für die Rückstellung der Lastenverschiebung aus den Wirkungen des KESG von Fr. 1'100'000.-- (Konto 790.351.30) wird genehmigt.
2. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2012, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'380'776.99, wird genehmigt.
3. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) belastet.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

23. Verwaltungsbericht 2012; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Wir werden dem Verwaltungsbericht 2012 zustimmen. Besten Dank der Verwaltung für den Bericht. Er ist in der Zwischenzeit dünner bzw. schlanker geworden und damit auch besser lesbar.

Eine Anmerkung auf Seite 7: Die Behörden- und Verwaltungsreform ist noch nicht abgeschlossen. Der Gemeinderat hat diese Pendeuz noch zu erledigen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Gemeindeschreiberin und ich haben per Zufall heute über den Fahrplan der Behörden- und Verwaltungsreform sowie das weitere Vorgehen gesprochen. Die Kreditabrechnung wird noch in diesem Jahr dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

1. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Als erstes möchte ich allen Verfassern für den wie immer interessanten Verwaltungsbericht herzlich danken. Ich lese ihn immer sehr gerne, zeigt er doch auf, was in der Gemeinde rund ums Jahr alles läuft. Und dies ist nicht wenig!

Der Gemeinderat möchte nun die Motion der EVP Fraktion betreffend Familienkonzept abschreiben. Das hat mich ehrlich gesagt ziemlich geärgert. Zu eurer Kenntnis lese ich euch nochmals den Beschluss der Sitzung vom 27. Oktober 2011:

1. *Das Familienkonzept (Vorschulalter) wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Aus finanziellen Überlegungen wird der Vorschlag der EVP-Fraktion angenommen. Dieser lautet: „Aus finanziellen Überlegungen wird auf eine Unterstützung der nicht professionell betriebenen Angebote bis auf weiteres verzichtet. Der Gemeinderat bezeichnet eine Familienkoordinationsstelle, jedoch ohne Erhöhung von Stellenprozenten (diese hätte momentan nur Anlaufstellencharakter und kann im Rahmen der bisherigen Stellenprozente erfüllt werden). Die Angebote im Familienbereich werden unter Angabe der jeweiligen Kontaktperson auf die entsprechende Webseite der Gemeinde Ostermundigen gestellt.“*
3. *Der Gemeinderat wird sich in Zusammenhang mit der „Thematik Integration und Bevölkerungsstruktur“ dem Thema annehmen und Bericht erstatten.*
4. *Im Verwaltungsbericht wird jährlich über den Stand der weiteren Schritte Auskunft gegeben.*
5. *Die Motion der EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Familienkonzept wird aufrecht erhalten.*

Der damalige Departementsvorsteher Erich Blaser führte unter anderem damals aus:

"Zum Votum "Familienkoordinationsstelle": Eltern und Jugendliche rufen bei vorhandenen Problemen zu 99 % beim Jugendamt an. Die Anrufenden werden beraten und wenn nötig weitergeleitet. Das Angebot besteht schon, es heisst einfach nicht "Familienkoordinationsstelle". Es ist doch mit wenig Aufwand verbunden, das Wort "Familienkoordination" auf die Homepage aufzunehmen."

Wenn ich heute auf die Rubrik Familien unter Leben und Arbeit der Homepage gehe, finde ich jedoch keinen Vermerk „Familienkoordinationsstelle“. Es sind zwar einige Angebote und viele Links aufgelistet, die sicher wertvoll sind. Kontaktpersonen von privaten Angeboten im Vorschulbereich wie zum Beispiel Mütter-/Kind-Treff suche ich jedoch vergeblich.

Schon damals haben wir darauf hingewiesen, dass es nicht nur um Familien geht, welche Probleme haben. Alle Suchenden sollten möglichst unbürokratisch zu den Angeboten finden. Das war unsere Minimalforderung, die wir damals wie heute stellen. Bis dato hat sich da nichts geändert.

Im damals erstellten Familienkonzept waren die Angebote im Familienbereich aufgelistet. Auch nach längerem Suchen habe ich dieses Familienkonzept nirgends gefunden. Wenn der Gemeinderat die Motion jetzt abschreiben will, war dieses Konzept so ein richtig perfekter Papiertiger. Kein einziger Schritt hat daraus resultiert. Das finde ich schon sehr schade.

Punkt 3 des damaligen Beschlusses, wo es heisst: *...der Gemeinderat wird sich in Zusammenhang mit der „Thematik Integration und Bevölkerungsstruktur“ dem Thema annehmen und Bericht erstatten* sowie Punkt 4: *Im Verwaltungsbericht wird jährlich über den Stand der weiteren Schritte Auskunft gegeben.*

Diese beiden Punkte sind grosszügig übergangen worden und es passiert genau nichts mehr.

Die Hoffnung der EVP-Fraktion, im Bereich Familien in kleinen Schritten vorwärts zu kommen, hat sich bis heute nicht erfüllt. Klar lässt die finanzielle Situation noch immer nicht zu, dass nicht professionelle Angebote unterstützt werden. Aber nicht einmal die minimalen Forderungen wurden erfüllt, welche überhaupt keine Ressourcen generiert hätten.

Daher sind wir als EVP-Fraktion der Meinung, die Motion sei heute nicht abzuschreiben. Ich hoffe, der Rat sieht dies auch so!

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Eigentlich hätte zuerst über die Botschaft im Allgemeinen diskutiert werden sollen und die Detailberatung erst in deren Anschluss.

Stimmzähler Jacques Biner (SP): Im Verwaltungsbericht sind viele interessante Kennzahlen und Statistiken festgehalten. Im letzten Jahr wurden vermehrt Vergleichszahlen resp. Vorjahreszahlen integriert, damit die Geschäfte besser beurteilt und verglichen werden können. Im vorliegenden Verwaltungsbericht wurden meine letztjährigen Anregungen umgesetzt. Ich möchte dem Verwaltungspersonal meinen besten Dank dafür aussprechen.

Martin Studer (SVP): Wie schnell geht ein Verwaltungsjahr vorbei. Aus eigenen Erfahrungen kann ich mitteilen, dass das Erstellen eines Verwaltungsberichtes beim Personal keine Bei-

fallsstürme auslöst. Wir von der SVP-Fraktion möchten es nicht unterlassen und für die ausführlichen Erläuterungen des letzten Jahres unser bester Dank aussprechen. Ich möchte ebenfalls der Redaktionsleiterin, Marianne Meyer, einen persönlichen Dank aussprechen.

Mir ist aufgefallen:

① Seite 82 - Kapitel 1.2 Einbürgerungen

2012 sind 22 neue Gesuche eingereicht worden. 32 Personen erhielten das Bürgerrecht zugesprochen. Wie ist diese Diskrepanz der beiden Zahlen möglich?

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die hängigen Einbürgerungsgesuche sind nicht innerhalb eines Jahres zu verstehen. Es sind im letzten Jahr 22 neue Gesuche eingetroffen. Zusammen mit den Gesuchen aus den Vorjahren konnten insgesamt 32 Personen eingebürgert werden. Die Behandlung eines Gesuches kann über ein Jahr dauern; je nachdem wie viele Dokumente nachgeliefert werden müssen, wie der Verlauf der Tests ausfällt etc..

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Zum Anliegen von Renate Bolliger (EVP) möchte ich wie folgt Stellung nehmen. Der Gemeinderat erklärt sich bereit, dass Anliegen nochmals zu prüfen. Damit wird die Abschreibung der Motion verschoben.

Martin Studer (SVP): Ich habe etwas vergessen nachzufragen.

① Seite 39 - Über die Partnerschaft Löhnberg wird nicht berichtet. Was ist der Grund dafür?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Frage wurde bereits von GPK-Mitgliedern gestellt. Die Partnerschaft wird nach wie vor aufrecht erhalten. Doch im letzten Jahr fanden keine Aktivitäten bzw. Treffen mit der Gemeinde Löhnberg statt. Bei der Verabschiedung von Gemeindepräsident Christian Zahler im Januar 2013 durften wir eine Delegation aus Löhnberg begrüßen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Wenn gewünscht, werden wir den Verwaltungsbericht 2012 departementsweise beraten.

Norbert Riesen (SP): Noch eine Anmerkung zu

① Seite 18 - 1.2 Motion N. Riesen (SP) vom 14.2.2008 betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum

Meine Motion wird heute Abend bereits zum vierten Mal zur Abstimmung vorgeschlagen. Ich bin zum ersten Mal mit dem Vorgehen einverstanden. Die Antworten des Gemeinderates sind aussagekräftig.

Ich persönlich werde das Votum von Renate Bolliger (EVP) betreffend Nichtabschreibung der Motion Familienkonzept unterstützen.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Ich möchte noch auf zwei Motionen aufmerksam machen:

- ① Seite 19 - 1.6 Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende vom 11.12.2008 betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Ostermundiger Vereine

Ich zitiere den ersten Satz: *Der Gemeinderat hat am 13. September 2012 das Parlament über den Stand der Arbeiten informiert.* Für diesen Satz mein bester Dank an den Gemeinderat. Ursprünglich habe ich vor einem Jahr ein unselbständiges Postulat eingereicht. Dieses wurde vom Parlament gutgeheissen. Das Postulat verlangte, dass bis im September 2012 die Motion umgesetzt wird. Nach heutigem Informationsstand seitens der Abteilung Hochbau ist vorgesehen, die Motion bis im September 2013 umzusetzen.

- ① Seite 19 - 1.3 Überparteiliche Motion vom 3.7.2008 betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen

Nachdem die Motion in den letzten fünf Jahren nicht wesentlich vorwärts gekommen ist, muss sich der Gemeinderat ein Manko der Prioritätensetzung gefallen lassen. Ausserordentlich freudig kann ich dem Parlament mitteilen, dass die SP-Ostermundigen an ihrer Sektionsversammlung vom 25. April 2013 beschlossen hat, eine Gemeindeinitiative zu diesem Thema zu lancieren. Wir wollen so die soziale Integration quer durch die Nationalitäten und Volksschichten fördern. Mit diesem Beitrag sollen sich unsere Einkommenschichten konsolidieren und die Sozialleistungen können reduziert werden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Verwaltungsbericht 2012 mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2012 wird mit genehmigt. (→ 26 zu 0 Stimmen)
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2012 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 mit Änderungen vom 27. Oktober 2011 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - Motion N. Riesen (SP) vom 14. Februar 2008 betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum (→ einstimmig)
 - Motion EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen (→ mit 27 zu 0 Stimmen **nicht** abschreiben)
 - Überparteiliche Motion vom 28. Juni 2012 betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge (→ einstimmig)
 - Überparteiliches Postulat vom 3. Juli 2003 betreffend Überprüfung der Verwaltungsorganisation (→ einstimmig)
 - Überparteiliches Postulat vom 15. Dezember 2011 betreffend Herabsetzung der Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals gemäss Art. 84 OrgVO (→ einstimmig)

42.9.01 Vorschriften, Weisungen, Verträge (früher: 42.11)

24. Gasversorgung: Übertragung der Versorgungsaufgaben an die Energie Wasser Bern (ewb); Genehmigung des Übertragungsreglements

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Der Gemeinderat legt dem Parlament ein neues Gasreglement vor. Darin ist eine neue Preisgestaltung mit der Energie Wasser Bern (ewb) vorgesehen. Bürgerinnen und Bürger, welche mit Gas versorgt werden, können von diesem neuen Reglement profitieren. Neu müssen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen, die Infrastruktur und der Gasbezug getrennt von einander betrachtet werden. Das vorliegende Reglement sieht vor, die ewb mit der Gasversorgung bzw. Infrastruktur (Leitungsnetz) in der Gemeinde Ostermundigen zu beauftragen. Es gibt neu keine Verpflichtung mehr, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gas bei der Energie Wasser Bern (ewb) beziehen müssen.

Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, dass sie für zwei Elemente Rechnungen erhalten werden: Einmal für das Leitungsnetz und einmal für den Gasbezug. Rechtlich gesehen ist die Kundschaft frei, wo sie ihr Gas beziehen will.

Die Gemeinde Ostermundigen war bis dato am Betriebsergebnis der ewb beteiligt. Mit der neuen Regelung erteilt die Gemeinde Ostermundigen das Recht, die Gasleitungen im Boden zu verlegen. Von allfälligen Betriebsverlusten oder -gewinnen ist die Gemeinde Ostermundigen nicht mehr betroffen. Im Rahmen eines Vertrages kann die Gemeinde Ostermundigen sich allenfalls an den Konzessionsgebühren beteiligen. Die Ausführungsbestimmungen werden in Artikel 6 des Reglements über die Gasversorgung wiedergegeben. Die Kompetenz wird dem Gemeinderat übertragen bzw. das Parlament kann den Gemeinderat beauftragen, Einzelheiten des Vertrages zu ändern.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion wird der Botschaft zustimmen. Der definitive Vertrag muss vom Gemeinderat noch erarbeitet werden (siehe Beschlussesziffer Nr. 3). Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er die Angelegenheit sorgfältig prüft und die ganze Gasgeschichte zu einem guten Abschluss führen wird.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Fragen zum Reglement können jetzt gestellt werden. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Versorgung mit Erdgas/Biogas wird an Energie Wasser Bern (ewb) übertragen.
2. Das nach Art. 5 der Gemeindeordnung notwendige Aufgabenübertragungsreglement „Gasversorgung in der Gemeinde Ostermundigen“ wird genehmigt und per 1. Juni 2013 in Kraft gesetzt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit ewb den „Vertrag Gasversorgung B-Gemeinden“ abzuschliessen.
4. Die Ziffer Nr. 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Besten Dank für die Zustimmung und das ausgesprochene Vertrauen für die Erarbeitung des "Vertrags Gasversorgung B-Gemeinden".

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)
50.0.11 Gebühren (früher: 50.11)

25. Gebührenreglement: Ergänzung mit Artikel 16 a "Hundetaxe"; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP): Es gibt ein neues kantonales Hundegesetz und die Hundetaxen sind von den Gemeinden neu zu regeln.

Zuerst hatte ich vermutet, die Hundetaxe sei vergessen worden, weil es beim neuen Hundegesetz primär um die Kampfhundediskussion ging. Dem ist aber nicht so. Tatsächlich wurde einmal eine Kompetenz an die Gemeinde delegiert und wir dürfen sogar das Geld behalten.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass in Ostermundigen weiterhin eine Hundetaxe erhoben werden soll. Die Höhe der Taxe soll momentan unverändert bleiben. Ich habe anlässlich der GPK-Sitzung notiert, dass wir die Aufwände prüfen sollen. Auch die Anzahl der Robidogs ist zu erhöhen.

Wenn der Grosse Gemeinderat (GGR) heute Abend der neuen kommunalen gesetzlichen Grundlage zustimmt, dann sagt er auch Ja zu 100 Franken Hundetaxe.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das Gebührenreglement vom 5. Januar 1999 wird durch Artikel 16 a ergänzt:

Hundetaxe ¹ Die Gemeinde erhebt eine Hundetaxe gemäss Artikel 13 des kantonalen Hundegesetzes.

² *Taxpflichtig sind die Hundehalterinnen und Hundehalter, welche am 1. August in der Gemeinde Wohnsitz haben.*

³ *Die Hundetaxe wird in der Gebührenverordnung festgelegt.*

⁴ *Von der Taxe befreit sind folgende Hunde: Sicherheits-, Polizei-, Rettungs-, Betreuungs- und Blindenhunde, sofern eine offizielle Bestätigung oder Bescheinigung vorliegt.*

2. Die Teilrevision des Gebührenreglements tritt ab 1. August 2013 in Kraft.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.3.72 Motionen
20.1.00 Allgemeines

26. Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Antwort konnte gelesen werden. Die Erstunterzeichnerin darf sich zur Motion noch äussern.

Colette Nova (SP): Wir begrüssen, dass sich der Gemeinderat dem Anliegen grundsätzlich positiv entgegenstellt. Enttäuscht sind wir, dass die am 24. Januar 2013 eingereichte Motion erst heute Abend traktandiert ist. Wir nehmen den langen Vorlauf im Traktandierungsprozess zur Kenntnis. Der Umwandlung der Motion in ein Postulat, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, können wir nicht zustimmen. Eine Motion kann bis zur Erheblicherklärung abgeändert werden (Art. 53 Abs. 6 GO GGR). Wir ändern den Wortlaut der Motion wie folgt:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, den Budgetierungsprozess mit Wirkung ab dem Jahr **2014** so zu ändern, dass der Grosse Gemeinderat früher als bisher, spätestens aber an einer Sitzung im November über den Voranschlag und den Finanzplan beraten und beschliessen kann.*

Mit dem angepassten Wortlaut kann die Motion problemlos erheblich erklärt werden.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der Gemeinderat steht geschlossen hinter der Motion und der Wortlaut wird umgesetzt. Wir werden wieder zum alten und bewährten Budgetierungsprozess zurückkehren und das Budget 2015 dem Parlament am 23. Oktober 2014 zur Genehmigung vorlegen.

Ich kann nicht bereifen, wie so die Erstunterzeichnerin einer Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht zustimmen kann. Die Garantie des Gemeinderates sowie der Abteilung Finanzen/Steuern für die Umsetzung liegt vor.

Die Kritik, wieso das Geschäft nicht früher dem Parlament vorgelegt worden ist, nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis. Bereits im Herbst 2012 wurde die Jahresplanung für das Budget 2014 in Angriff genommen (siehe Terminplan 2013 vom 26. Oktober 2012). Eine so gravierende Umstellung der Jahresplanung kann im Nachhinein nicht vorgenommen werden; der Aufwand wäre unverhältnismässig. Der Gemeinderat nimmt die Motion gerne entgegen und schlägt den Mitunterzeichnenden vor, diese in ein Postulat umzuwandeln.

Ernst Hirsiger (SVP): Roger Schawinski Frage lautet: "Wär hät's erfunde?..." Bei der vorliegenden Motion können wir sagen, die Geschäftsprüfungskommission hat das Thema "Budgetierungsprozess" erfunden. Auch der Geschäftsprüfungskommission wurde mitgeteilt, dass die Jahresplanung 2013 bereits erfolgt ist. Wir nahmen den Sachverhalt mit Befremden zur Kenntnis. Aus einer gewissen Boshaftigkeit dem Gemeinderat gegenüber sind wir bereit, die Motion unverändert zu unterstützen.

Rahel Wagner (EVP): Ebenfalls als GPK-Mitglied bin ich anderer Meinung als Ernst Hirsiger (SVP). Die Verwaltung kennt die Gründe, den Terminplan 2013 unverändert laufen zu lassen. Heute ist es immer schwieriger, Termine zu finden und diese richtig einteilen zu können; davon sind wir alle betroffen.

Was ich nicht verstehe ist, dass der Gemeinderat den parlamentarischen Vorstoss nicht als Motion entgegen nehmen kann. Der Gemeinderat soll den Auftrag entgegen nehmen. Eine Umwandlung in ein Postulat macht im vorliegenden Fall keinen Sinn resp. es liegt kein Handlungsbedarf vor.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Vielen Dank Rahel Wagner für dein Votum. Die Motion wird weitergeführt resp. behandelt und beantwortet. Das Verfahren ist komplizierter als bei einem Postulat. Ein Postulat kann abgeschrieben werden, sobald dieses erfüllt ist. Der Gemeinderat kann grundsätzlich auch mit einer Motion leben.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Mitunterzeichnenden halten an der Motion fest. Der Wortlaut der Motion wird leicht abgeändert und lautet demnach wie folgt:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, den Budgetierungsprozess mit Wirkung ab dem Jahr **2014** so zu ändern, dass der Grosse Gemeinderat früher als bisher, spätestens aber an einer Sitzung im November über den Voranschlag und den Finanzplan beraten und beschliessen kann.*

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses wird im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
10.11.23 Postzustelldienst

27. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend „Briefeinwurf Rütiquartier; Leerung bis 18.00 Uhr“; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Antwort konnte gelesen werden. Der Erstunterzeichner darf sich zur Motion primär äussern.

Peter Blaser (SP): Im Namen der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion und auch im Namen der Bevölkerung auf der Rütli möchte ich dem Gemeinderat für die speditive Umsetzung der Motion meinen besten Dank aussprechen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Vielen Dank für die Blumen. Es gibt noch einen Punkt, der nicht erledigt werden konnte. Die Information zum optimalen Standort des zentralen Briefkastens ist noch ausstehend.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend „Briefeinwurf Rütiquartier: Leerung bis 18.00 Uhr“ wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.3.75 Einfache Anfrage
10.22.1.47 ZPÄ Dennigkofen (früher: 10.2247)

28. Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend Umzonung Rütibühl; Beantwortung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates wurde allen Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage Kenntnis.

10.3.72 Motionen
30.4.60 Saalbau TELL
63.14.30 Unterhalt Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.682)

29. Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik Tell/Hangar in den Verwaltungsbericht; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ab 2013 jeweils eine Belegungsstatistik des Tellsaals und dem Jugendhaus Hangar im Verwaltungsbericht aufzuführen.

sig: M. Studer, R. Schneiter, M. Weber, L. Müller, R. Hess, H.R. Hausammann, F. Brauner

10.3.72 Motionen
10.22.1.47 Zonenplanänderung „Dennigkofenweg“ (früher: 10.2247)

30. Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend "Nein zur vorschnellen Rütibühl Umzonung"; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, sämtliche Planungen bzgl. einer Zonenplanänderung im Rütibühl per sofort zu stoppen bzgl. die Rahmenbedingungen durch das neue Raumplanungsgesetz¹ (RPG) geklärt sind und deren Konsequenzen für ein mögliches Rütibühl-Projekt bekannt sind.

Begründung / Fragen

Die SP/Grüne-Fraktion sieht momentan keinen Bedarf an zusätzlichem Bauland. Vielmehr sind wir der Meinung, dass im Rahmen der bestehenden Siedlung ein verdichtetes Bauen praktiziert werden sollte. Hierbei verweisen wir auf den Mitwirkungsbericht der Sozialdemokratischen Partei Ostermundigen bzgl. Leitlinien der Ortplanung (Oktober 2008).

Im Leitbild der Gemeinde ist unter „Gemeindeentwicklung“ zu lesen: „Landschaftsräume mit hoher Qualität bleiben unverbaut“. Wiederholt hat sich die Exekutive selber für ein verdichtetes Bauen ausgesprochen und mehrmals wurde der Unwille des Parlaments gegenüber neuen (unnötigen) Um- und Einzonungen geäussert. Von allen Seiten wurde gefordert, dass die zusammenhängenden Grünräume geachtet und geschützt werden. Auch dies ist im Leitbild nachlesbar.

Zudem wäre eine neue Siedlung im Rütibühl eher Teil der Gemeinde Muri, als zum Mundiger Siedlungsgebiet zurechenbar und würde den künftigen Druck auf das freistehende Areal zwischen Rütibühl und Freibad für bauliche Massnahmen erhöhen. Die Motionärinnen und Motionäre sind der Meinung, dass in nächster Zeit Umzonungen von Landwirtschaftsflächen genauestens und kritisch zu überprüfen sind. Dies auch auf Grund der Tatsache, dass der Kanton Bern die nationalen Vorgaben bezüglich Fruchtfolgeflächen nicht mehr zu erfüllen vermag. Neue bauliche Aktivitäten sollten primär im bestehenden Siedlungsgebiet stattfinden und auf das Ziel einer modernen, urbanen und ökologischen Baustruktur ausgerichtet sein. Hierfür wären die Gelder, welche in eine allfällige Nutzungsstudie fließen, besser investiert.

Ebenfalls verweisen wir auf das revidierte Raumplanungsgesetz, welches am 3. März 2013 angenommen wurde. Die daraus erwachsenden Konsequenzen müssen beachtet werden. Dies heisst konkret, dass nach unserer Sicht die Anpassung des kantonalen Richtplanes (siehe RPG Art. 38 a Abs. 1)² abzuwarten ist.

sig: B. Grossniklaus, H.R. Burkhalter, R. Kehrli, P. Blaser, H. Ögüt, R. Mahler, N. Riesen,
P. Zeyer, A. Burckhardt

¹ Änderung vom 15. Juni 2012

² Art. 38 a Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 15. Juni 2012

¹ Die Kantone passen innert fünf Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom 15. Juni 2012 ihre Richtpläne an die Anforderungen der Art. 8 + 8a Abs. 1 an.

10.3.72 Motionen
63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

31. Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend faire Sozialpartnerschaft in Mundiger KiTas; Lehrplätze statt Praktika!; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen nimmt als Arbeitgeberin im Bereich KiTas ihre soziale Verantwortung wahr und wird anstatt neuer Praktikumsplätze hauptsächlich Anstellungen (Voll- oder Teilzeit) sowie Berufslehrplätze vergeben.

Begründung

Den MotionärInnen ist das System Praktikum nicht a priori ein Greuel, aber wir möchten einen möglichen Missbrauch dieses Instrumentes unterbinden. „Durch den vermehrten Einsatz von Praktikanten in Unternehmen in der Zeit des Jahrtausendwechsels wurde das Instrument „Praktikum“ seitens einiger Unternehmen aus Kostengründen teilweise quasi als günstiger Ersatz für reguläre Arbeitnehmer eingesetzt. Dadurch wurde der Begriff Generation Praktikum populär [...], ohne dass diese (oft ebenfalls sehr gering oder gar nicht vergüteten) Arbeiten in eine bezahlte Einstellung mündeten.“ Diesen eben beschriebenen Sachverhalt können wir leider bei den (durch die Gemeinde geführten) Mundiger KiTas zeitweise beobachten. Ist unsere Handlungsmacht bei privaten KiTas auch eingeschränkt, so können und müssen wir als Gemeinde als Vorbild voran gehen.

In der Schweiz herrscht das Prinzip der Sozialpartnerschaft. Wenn manche Unternehmen auch PraktikantInnen dazu missbrauchen, ihre Personalkosten zu senken, obwohl dieser Missbrauch den sozialen Arbeitsfrieden strapaziert und daher zu hinterfragen ist, so sollte dies nicht pauschal akzeptiert werden. Dies gilt für eine demokratische Institution wie die Gemeinde Ostermundigen in doppelter Hinsicht. Aus humanistischer Sicht, da die Würde der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers geschmälert wird, und der daraus abgeleiteten demokratischen Legitimation, da die Demokratie dort endet, wo der Staat beginnt die Würde seiner BürgerInnen anzutasten. Die Aussichtslosigkeit der Hoffnung auf eine Anstellung oder einen Lehrplatz kann auch dazu führen, dass die Qualität der Kinderbetreuung abnimmt, was alles andere als wünschenswert wäre.

sig: B. Grossniklaus, H.R. Burkhalter, R. Kehrli, P. Blaser, H. Ögüt, R. Mahler, J. Biner, P. Zeyer, C. Nova, A. Burckhardt

10.3.74 Interpellationen
63.6.52 Offene Kinder- und Jugendarbeit

32. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Schaffung von familienexternen Kinderbetreuungsplätzen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Im Juni 2008 wurde eine überparteiliche Motion als erheblich erklärt und an den Gemeinderat überweisen. Darin wird der Gemeinderat beauftragt, das Angebot an familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter bis spätestens Juni 2011 um mindestens 24 Plätze zu erhöhen.

Die Situation bei der familienexternen Kinderbetreuung hat sich in der Zwischenzeit stark verschärft. Auf der Nachfrageseite sind, trotz dem Angebot der Tagesschulen, die Wartelisten stark gestiegen.

2008 bestand bei KITA-Plätzen eine Warteliste von 44, heute ist sie in der gemeindeeigenen Kita auf ca.70 Plätze angestiegen. Dazu kommen Wartelisten bei den privaten KiTas, und, bei den Tagesfamilien warten bereits 92 Kinder auf einen Platz. Im Jahr 2008 gab es 30 subventionierte KITA-Plätze, heute sind es lediglich 7 mehr, obwohl der Auftrag bestand, mind. 24 Plätze zu schaffen.

Es ist bekannt, dass sich Eltern bei der Wohnortssuche auch über die Kinderbetreuungsplätze informieren, und mit einer langen Warteliste werden sich viele überlegen, ob sie nach Ostermundigen ziehen werden oder nicht. Ebenfalls zeigt eine Studie des VRB von 2007, dass Kita-kosten von 34,5 Mio. Franken einer Nutzwirkung von 89.3 bis 122Mio. Franken gegenüber stehen. Das heisst auch für Ostermundigen: Es lohnt sich, in KITA-Plätzen zu investieren, es kommt mehr zurück als investiert wird!

Wie im Verwaltungsbericht zu lesen ist, besteht von Seiten des Kantons erst im Jahr 2014 wieder eine Möglichkeit, ein Gesuch um Erhöhung von KITA-Plätzen zu stellen.

Fragen

1. Was hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren konkret unternommen betreffend Schaffung von neuen subventionierten Plätzen, speziell beim Kanton?
2. Was gedenkt er zu tun, um die prekäre Situation bei der familienexternen Kinderbetreuung zu entschärfen.
3. Wie stellt er heute schon sicher, dass bei einer neuen Tranche von Plätzen, die durch den Kanton subventioniert werden, Ostermundigen den Zuschlag bekommt.
4. Was tut Ostermundigen konkret, um Angebote für die Tagesbetreuung auch ausserhalb der subventionierten Plätze zu fördern?

sig: P. Zeyer, B. Grossniklaus, P. Blaser, H.R. Burkhalter, R. Mahler, N. Riesen, R. Kehrl, C. Nova, A. Burckhardt, H. Ögüt

10.3.75 Einfache Anfrage
13.3.00 Allgemeines
30.4.30 Kindergärten Allgemein

33. Einfache Anfrage B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Kindergartensituation in Ostermundigen; Lehrplätze statt Praktika!; parlamentarischer Neueingang

Fragen

1. Stimmt es, dass es im Zentrum und im Raum Dennigkofen zu wenige Kindergartenplätze gibt?
2. Welchen organisatorischen Problemen sieht sich die Gemeinde gegenüber gestellt, um die Infrastruktur bereitzustellen?
3. Wie will der Gemeinderat den Kindergartenbetrieb sicherstellen, während den Sanierungen an verschiedenen Standorten?
4. Wie sehen die nächsten konkreten Schritte der Gemeinde aus in der Planung der Kindergarten-sanierungen?

Begründung

Immer wieder gibt es in der Bevölkerung die geäusserte Sorge, dass in den Kindergärten im Zentrum und Raum Dennigkofen zu wenige Plätze zur Verfügung stehen. Zudem endet die Übergangsfrist zur Umsetzung von HarmoS in ca. 2 Jahren, daher ist es wichtig, dass die Gemeinde Ostermundigen ihren Verpflichtungen nachkommt.

Um diese Verpflichtungen zu erfüllen, ist es wichtig, dass die Gemeinde zeitig mit der Planung und Abklärung beginnt und nicht gezwungen ist, ad hoc auf vermeintliche Probleme zu reagieren.

sig: B. Grossniklaus, H.R. Burkhalter, R. Kehrli, P. Blaser, H. Ögüt, R. Mahler, J. Biner, P. Zeyer, C. Nova, A. Burckhardt

Persönliche Erklärungen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Im Moment sind die Diskussionen zu diesem Thema sehr konträr. In der Planungskommission wie im Gemeinderat muss eine Gesamtübersicht zu diesem Thema erstellt werden. Einen ersten Eindruck zum Geschäft habe ich anlässlich der letzten GPK-Sitzung abgegeben.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Orientierungen seitens des Gemeinderates liegen keine vor.

Gemeindepräsidenten Thomas Iten (parteilos): Ich möchte noch über die "Werkstatt des Gemeinderates" informieren. Ende April 2013 hat sich der Gemeinderat zur Klausurtagung getroffen. Zwei Schwerpunktthemen wurden behandelt:

- Vorstellung des Führungscockpits der Gemeinde Wohlen BE
- Legislaturziele: Rückblick 2009 - 2012; Standortbestimmung und Ausblick 2013 - 2016; Formulierung der Rohziele

Im August 2013 werden wir uns nochmals in die Gemeinderatsklausur begeben und primär über das Zielbild „Gemeindeentwicklungsstrategie“ beraten.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Da im Juli die Sitzung nicht stattfinden wird, habe ich zu Beginn unsere beiden Parlamentarier verabschiedet, welche heute zum letzten Mal dabei sein werden. Doch heute war auch die letzte Sitzung, welche Marianne Meyer als Gemeindeschreiberin den Rat begleitet hat.

Im Jahr 2003 hast du dieses Amt von Otto Stalder übernommen und nun fast genau 10 Jahre lang inne gehabt. Liebe Marianne, im Namen des gesamten Parlaments danke ich dir ganz herzlich, dass du in diesen letzten 10 Jahren das Amt der Gemeindeschreiberin souverän und engagiert ausgeführt hast.

- Diese Aufgaben waren sicher nicht immer einfach zu erfüllen, bestimmt haben einige davon dich auch schlaflose Nächte gekostet...
- Andere dafür brachten dir interessante Begegnungen und ja, ich bin sicher, auch herzliche Freundschaften sind aus deinen beruflichen Kontakten entstanden....

Schon bald wirst du deine berufliche Arbeit hinter dir lassen, darfst dich beruflich zurücklehnen, den Pool vor deiner Wohnung geniessen, aber auch deinen Balkon noch intensiver nutzen, deine üppigen Blumen dort hegen und pflegen, Gäste verwöhnen, kannst Reisen und eben alles das geniessen, was der „Unruhestand“ so mit sich bringt.

Wir wünschen dir, dass dir viele Jahre vergönnt bleiben, diesen neuen Lebensabschnitt zusammen mit deinem Partner in bestmöglicher Gesundheit und Freude zu erleben.

Als kleine Erinnerung an uns alle hier habe ich dieses Prachtstück für dich ausgesucht. Ich denke, es ist gross genug für deine vielen Pflanzen auf deinem Balkon - und sonst: Wie du siehst, eignet es sich auch bestens als Dekoration. Alles Gute und viel Freude im nächsten Lebensabschnitt bzw. Ruhestand.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer: Es ist tatsächlich so, heute Abend sitze ich in der Funktion als Gemeindeschreiberin zum letzten Mal im Parlament am Gemeinderatstisch. Nach den rund 240 GGR-Sitzungen ist die Zeit für einen neuen Lebensabschnitt gekommen. Während dieser Zeit durfte ich 28 Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten kennen lernen - einige sogar mehrfach. Auch in der Technik der Protokollaufnahme hat sich in den letzten 30 Jahren sehr viel geändert. Zu Beginn wurden die Protokolle noch mit einer IBM-Kugelkopfschreibmaschine niedergeschrieben um dann der Umdruckmaschine zur Vervielfältigung weiter zu geben. Dann folgten die ersten Textverarbeitungssysteme bis die Gemeinde-PC angeschafft worden sind. Eine grosse Umwandlung hat stattgefunden.

Nach 30 Jahren verlasse ich die Gemeinde mit einem lachenden sowie einem weinenden Auge. Das Positive überwiegt und die Zeit ist reif.

Ich möchte allen Danken und für die Zukunft sehr viele weise Entscheide wünschen - Merssi viu mau.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Norbert Riesen (SP): Ich möchte im guten Einvernehmen das Parlament verlassen. Doch ich möchte dich Lucia noch darauf hinweisen, dass für die Traktandierung der GGR-Sitzungen dessen Präsidentin oder Präsident einberuft (Art. 46 GO). Wir klagen stets, dass uns zu wenige Termine zur Verfügung stehen. Es gibt Informationen, der Gemeinderat hat sich zur Klausur getroffen etc.. Gewisse Dinge hätten am 4. Juli losgelöst der Parlamentsitzung besprochen resp. diskutiert werden können. Ich bin formell noch bis Ende Juli 2013 als Parlamentsmitglied gewählt, d. h. ich hätte am 4. Juli Zeit!

Mit positiven Erinnerungen möchte ich mich nach 25 Jahren Parlamentszugehörigkeit bei allen danken und verabschieden.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Im Namen der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion möchte ich Norbert Riesen für die langjährige Parlamentsmitgliedschaft ein grosses Dankeschön aussprechen. Du bist ein gutes Beispiel dafür, wie mit ein wenig Hartnäckigkeit und Sachverstand durchaus in der Lokalpolitik etwas bewegt werden kann. Schade, dass du dich für den Rücktritt entschieden hast. Vielen Dank Norbert und ich lade dich gerne zu einem Getränk ein.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Vielen Dank allen für das engagierte Mitmachen und wir sehen uns im Restaurant National "La Favorita" zur gemütlichen Ausklang des Abends.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Lucia Müller

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Jacques Biner

Gerhard Zaugg